

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Literaturverzeichnis .....	17
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis .....	21
<b>§ 1 Unionsrechtlicher Hintergrund des neuen Restrukturierungsrechts (Harder/Harig) .....</b>	<b>27</b>
A. Einleitung und Relevanz unionsrechtlicher Vorgaben .....	27
B. Entstehung der Richtlinie .....	28
C. Inhalt der Richtlinie .....	29
D. Umsetzung der Richtlinie in Deutschland .....	30
E. Übersicht zur Umsetzung der Richtlinie im StaRUG .....	31
F. Einordnung der Richtlinienumsetzung .....	32
G. Abweichungen von der Richtlinie .....	33
H. Blick in andere Mitgliedstaaten .....	34
I. Anerkennung von Restrukturierungsverfahren .....	38
<b>§ 2 Modifizierung der Insolvenzantragsgründe (Kunz) .....</b>	<b>39</b>
A. Einführung .....	40
B. Änderungen der drohenden Zahlungsunfähigkeit und der Überschuldung .....	40
I. Bestehende Rechtslage vor dem 1.1.2021 .....	41
II. Die Neuerungen durch das SanInsFoG .....	45
III. Praxishinweise .....	50
C. „Frist zur Insolvenzantragstellung“ .....	52
I. Systematik des § 15a InsO .....	52
II. Verlängerung der Antragsfrist beim Tatbestand der Überschuldung ....	62
III. Praxishinweise .....	64
<b>§ 3 Krisenfrüherkennung und -management (Kunz) .....</b>	<b>67</b>
A. Einführung .....	68
B. Krisenfrüherkennung und -management .....	68
I. Terminologie .....	68
II. Zeitlicher Anwendungsbereich – Geschäftsleiterpflichten im Unternehmensalltag .....	70
III. Pflichtenkatalog des § 1 Abs. 1 StaRUG .....	70
IV. Geltungserweiterung für Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit ....	73

V. Weitergehende Pflichten bleiben unberührt .....	73
C. Leitfaden für ordnungsgemäße Pflichtenausübung .....	73
I. Maßstab für ordnungsgemäße Pflichtenerfüllung .....	74
II. Krisenmanagement gegen den Willen der (Überwachungs-)Organe? ...	76
III. Haftungsrisiko bei Verstoß gegen Pflichtenkatalog .....	79
D. Praxishinweise .....	82
I. Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems .....	82
II. Dokumentation zur Abwendung einer Geschäftsleiterhaftung .....	86
III. Berichterstattungspflicht .....	87
E. Gläubigerinteresse verdrängt (doch) nicht Gesellschafterinteresse .....	87
I. Paradigmenwechsel in Regierungsentwurf verworfen .....	87
II. Paradigmenwechsel .....	88
III. Kritische Würdigung .....	89
§ 4 Sanierungsmoderation ( <i>Harig</i> ) .....	91
A. Intention des Gesetzgebers .....	91
B. Verfahrensgang der Sanierungsmoderation .....	91
I. Zugangsvoraussetzungen .....	92
II. Muster: Antrag auf Sanierungsmoderation .....	94
III. Sanierungsmoderator .....	95
IV. Sanierungsmoderation und Sanierungsvergleich .....	98
C. Praktische Anwendungsfälle .....	101
§ 5 Stabilisierungsinstrumente ( <i>Kluth</i> ) .....	103
A. Allgemeine Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Stabilisierungsinstrumente .....	103
I. Vorliegen einer drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	103
II. Nachhaltige Beseitigung der drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	104
III. Fälle der eingetretenen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung .....	105
IV. Anzeige des Restrukturierungsvorhabens gegenüber dem Gericht .....	106
B. Einzelne Stabilisierungsinstrumente und persönlicher Anwendungsbereich .....	110
C. Pflichten des Schuldners während der anhängigen Restrukturierungssache .....	111
I. Pflichtenmaßstab .....	111
II. Einzelne Pflichten .....	112
D. Aufhebung der laufenden Restrukturierungssache .....	113
I. Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	113
II. Unzuständigkeit des Restrukturierungsgerichts .....	114

III. Verletzung von Auskunfts- und Mitwirkungspflichten durch den Schuldner .....	114
IV. Eintritt einer materiellen Insolvenzreife des Schuldners .....	115
V. Fehlende Umsetzbarkeit des Restrukturierungsvorhabens .....	116
VI. Pflichtverletzungen des Schuldners im Zusammenhang mit der Durchführung des Restrukturierungsvorhabens .....	116
VII. Sperrwirkungen einer früheren Restrukturierungssache .....	117
VIII. Ausnahme von der Aufhebung und Rechtsmittel des Schuldners .....	118
IX. Möglichkeit des Wechsels in ein Eigenverwaltungsverfahren .....	118
E. Gerichtliche Zuständigkeit für Restrukturierungssachen .....	119
I. Sachliche Zuständigkeit .....	119
II. Örtliche Zuständigkeit .....	121
III. Internationale Zuständigkeit .....	122
IV. Bestehen eines Gruppen-Gerichtsstands .....	123
F. Verfahrensgrundsätze betreffend den präventiven Restrukturierungsrahmen .....	125
G. Rechtsmittel und Zustellungsverfahren .....	126
H. Gerichtskosten .....	128
<b>§ 6 Stabilisierungsverfahren (<i>Kluth</i>) .....</b>	<b>131</b>
A. Einleitung .....	131
B. Besondere Voraussetzungen für den Erlass einer Stabilisierungsanordnung .....	132
I. Antrag des Schuldners .....	132
II. Vollstreckungssperre nach § 49 Abs. 1 Nr. 1 StaRUG .....	134
III. Verwertungssperre nach § 49 Abs. 1 Nr. 2 StaRUG .....	135
IV. Erforderlichkeit der Stabilisierungsanordnung im Einzelfall .....	136
V. Von einer Stabilisierungsanordnung ausgenommene Forderungen .....	137
VI. Erstreckung der Anordnung auf Rechte aus gruppeninternen Dreitsicherheiten .....	137
VII. Materielle Voraussetzungen einer Stabilisierungsanordnung .....	138
C. Weiteres Verfahren .....	141
D. Dauer der Stabilisierungsmaßnahmen .....	142
E. Rechtsfolgen der Verwertungssperre .....	143
I. Verpflichtung zur Zinszahlung und zum Ausgleich des Wertverlusts ...	143
II. Forderungseinzug bzw. Veräußerung oder Verarbeitung von beweglichen Sachen .....	144
F. Vertragsrechtliche Wirkungen der Stabilisierungsanordnung .....	145
I. Kündigungssperre nach § 54 Abs. 1 StaRUG .....	145
II. Einschränkungen bei einer Vorleistungspflicht des Gläubigers .....	147
III. Zulässigkeit der Aufrechnung durch den Vertragspartner .....	148

IV. Keine Beschränkung von Verfügungen über Finanzsicherheiten .....	148
V. Besonderheiten beim Liquidationsnetting .....	149
G. Organhaftung im Zusammenhang mit Stabilisierungsanordnungen .....	150
H. Aufhebung der Stabilisierungsanordnung durch das Restrukturierungsgericht .....	151
I. Aufhebung auf Antrag des Schuldners oder von Amts wegen .....	151
II. Aufhebung auf Antrag eines von der Anordnung betroffenen Gläubigers .....	153
III. Absehen von der Aufhebung der Stabilisierungsanordnung .....	154
IV. Beendigung der Stabilisierungsanordnung .....	154
<b>§ 7 Restrukturierungsplan (Harder) .....</b>	<b>155</b>
A. Einleitung .....	156
I. Allgemeines .....	156
II. Vorgaben der Richtlinie .....	156
III. Überblick zur nationalen Umsetzung .....	157
B. Vorbereitung eines Restrukturierungsplans .....	157
I. Gespräche mit Gesellschaftern .....	158
II. Konzepterarbeitung .....	159
III. Gespräche mit wesentlichen Stakeholdern und potenziellen Planbetroffenen .....	166
IV. Sanierungsmoderation als Vorstufe? .....	169
C. Ausarbeitung des Restrukturierungsplans .....	170
I. Planbestätigung als vorrangiges Ziel der Plangestaltung .....	170
II. Gestaltungsmöglichkeiten im Restrukturierungsplan – Restrukturisierungsforderungen, §§ 2–4 StaRUG .....	172
III. Weitere Gestaltungsmöglichkeiten – Besonderheiten des StaRUG, §§ 11–13 StaRUG .....	179
IV. Auswahl, Einteilung und Gleichbehandlung von Planbetroffenen, §§ 8–10 StaRUG .....	183
V. Aufbau und Gliederung des Restrukturierungsplans, §§ 5–7 StaRUG .....	188
VI. Inhalt des Restrukturierungsplans .....	189
VII. Planbedingung .....	208
VIII. Plananlagen .....	210
IX. Vereinfachung für KMU .....	215
<b>§ 8 Abstimmung über den Restrukturierungsplan (Harig) .....</b>	<b>217</b>
A. Einleitung .....	217
B. Außergerichtliches Planabstimmungsverfahren .....	218
I. Planangebot .....	218

II. Planannahmefrist .....	220
III. Abstimmung im Rahmen einer Versammlung .....	221
IV. Erörterung im Rahmen einer Versammlung .....	223
V. Dokumentation der Abstimmung .....	223
VI. Muster-Vorlagen Planangebot und Ladung .....	224
C. Gerichtliches Planabstimmungsverfahren .....	227
D. Stimmrecht und erforderliche Mehrheiten .....	227
I. Stimmrecht .....	228
II. Erforderliche Mehrheiten zur Planannahme .....	230
III. Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung .....	230
IV. Absolute Priorität und angemessene Beteiligung am Planwert .....	234
V. Durchbrechung der absoluten Priorität .....	235
<b>§ 9 Gerichtliche Planabstimmung und Vorprüfung (Harder) .....</b>	<b>237</b>
A. Einleitung .....	237
I. Überblick zu den Möglichkeiten der Einbeziehung des Restrukturierungsgerichts .....	237
II. Vorgaben der Richtlinie .....	239
III. Überblick zur nationalen Umsetzung .....	240
B. Erörterungs- und Abstimmungstermin .....	241
I. Antrag des Schuldners .....	242
II. Ladung, Fristen und Formalia .....	243
III. Ablauf des Erörterungs- und Abstimmungstermins .....	245
IV. Abstimmung im gerichtlichen Erörterungs- und Abstimmungstermin .....	248
V. Abschluss des Erörterungs- und Abstimmungstermins .....	251
VI. Vorteile des gerichtlichen Erörterungs- und Abstimmungstermins im weiteren Verfahren .....	251
C. Vorprüfungstermin .....	252
I. Gerichtliche Abstimmung .....	253
II. Vorprüfung bei außergerichtlicher Planabstimmung .....	258
D. Fazit .....	260
E. Vergleichende Betrachtung außergerichtlicher und gerichtlicher Abstimmung .....	261

§ 10 Gerichtliche Bestätigung des Restrukturierungsplans ( <i>Harig</i> ) .....	265
A. Einleitung .....	265
B. Gerichtliches Bestätigungsverfahren .....	265
C. Planbedingungen .....	267
D. Versagungsgründe .....	268
I. Versagung wegen fehlender drohender Zahlungsunfähigkeit .....	268
II. Versagung wegen Verstoß gegen Verfahrensvorschriften .....	269
III. Verstoß wegen Nichterfüllbarkeit des Plans .....	271
IV. Versagung wegen unschlüssigem Restrukturierungskonzept .....	271
V. Versagung wegen unlauterer Herbeiführung der Planannahme .....	271
VI. Bestätigung des Plans .....	272
E. Minderheitenschutz und Rechtsmittel .....	272
I. Minderheitenschutz .....	273
II. Sofortige Beschwerde .....	274
F. Wirkungen der Planbestätigung .....	277
G. Vollstreckung aus dem Restrukturierungsplan .....	280
H. Planüberwachung .....	281
§ 11 Öffentliche Restrukturierungssachen ( <i>Kluth</i> ) .....	283
A. Einleitung .....	283
B. Charakteristika einer öffentlichen Restrukturierungssache .....	283
I. Antrag des Schuldners .....	283
II. Inhalt der öffentlichen Bekanntmachungen .....	284
III. Durchführung der öffentlichen Bekanntmachungen .....	285
IV. Öffentliches Restrukturierungsforum .....	286
V. Anwendbarkeit von Vorschriften in Art. 102c EGIinsO .....	287
C. Anerkennung der Rechtswirkungen des StaRUG-Verfahrens im Ausland ...	289
I. Öffentliches Betreiben der Restrukturierungssache .....	289
II. Durchführung der Restrukturierungssache ohne öffentliche Bekanntmachungen .....	291
D. Anerkennung der Rechtswirkungen von ausländischen präventiven Restrukturierungsverfahren im Inland .....	292
§ 12 Anfechtungs- und Haftungsrecht ( <i>Kunz</i> ) .....	295
A. Einführung .....	295
B. Rechtshandlungen während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache (§ 89 StaRUG) .....	295
I. Regelungsinhalt .....	295
II. Rechtsunsicherheit durch doppelte Prognoseentscheidung .....	299

C. Planfolgen und Planvollzug (§ 90 StaRUG) .....	300
I. Regelungsinhalt .....	300
II. Unklarheiten .....	303
D. Fristenberechnung (§ 91 StaRUG) .....	304
<b>§ 13 Pflicht zur Anzeige der Insolvenzreife und Haftung bei Verstoß (Kunz)....</b>	<b>305</b>
A. Einführung .....	305
B. Pflicht zur Anzeige der Insolvenzreife (§ 42 StaRUG) .....	305
I. Regelungsinhalt .....	306
II. Geschäftsleiterhaftung bei Verstoß gegen Anzeigepflicht .....	308
III. Beweisschwierigkeiten .....	308
C. Pflichten und Haftung der Organe (§ 43 StaRUG) .....	308
I. Regelungsinhalt .....	309
II. Unklarheiten .....	311
III. Praxishinweise .....	314
<b>§ 14 Verbot von Lösungsklauseln (Kunz) .....</b>	<b>317</b>
A. Einführung .....	317
B. Wirksamkeit von Lösungsrechten .....	317
I. Eingriff in die Störfallvorsorge .....	317
II. Umgehungsverbot .....	318
III. Ausnahmen vom Verbot von Lösungsklauseln .....	318
C. Reichweite des Umgehungsverbotes .....	319
D. Sonderfall: Anordnung einer Stabilisierungsmaßnahme .....	319
<b>§ 15 Restrukturierungsbeauftragter (Kluth) .....</b>	<b>321</b>
A. Einleitung .....	321
B. Obligatorischer Restrukturierungsbeauftragter .....	322
I. Voraussetzungen für eine Bestellung von Amts wegen .....	322
II. Auswahl des Restrukturierungsbeauftragten durch das Gericht .....	326
III. Rechtsstellung des Restrukturierungsbeauftragten .....	332
IV. Haftung des Restrukturierungsbeauftragten .....	333
V. Aufgaben des obligatorischen Restrukturierungsbeauftragten .....	334
VI. Pflichten des Schuldners im Verhältnis zum Restrukturierungsbeauftragten .....	340
C. Fakultativer Restrukturierungsbeauftragter .....	341
I. Bestellungs Voraussetzungen .....	341
II. Auswahl und Rechtsstellung .....	342
III. Aufgaben .....	343

D. Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten .....	343
I. Regelvergütung auf der Grundlage von Stundensätzen .....	344
II. Festsetzung der Stundensätze durch das Restrukturierungsgericht .....	345
III. Gerichtsgebühren und Anforderung eines Vorschusses bezüglich der Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten .....	346
IV. Auslagen des Restrukturierungsbeauftragten .....	346
V. Gerichtliche Festsetzung der Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten .....	347
VI. Abweichende Regelungen hinsichtlich der Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten .....	348
<b>§ 16 Arbeitnehmerbeteiligung, Gläubigerbeirat (Kluth) .....</b>	<b>351</b>
A. Einleitung .....	351
B. Beteiligung der Arbeitnehmervertretungsorgane an der präventiven Sanierung des Schuldners .....	351
I. Unionsrechtliche Vorgaben .....	351
II. Konkrete Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertretungsorgane in einem StaRUG-Verfahren .....	352
C. Bildung eines Gläubigerbeirats in einer Restrukturierungssache .....	356
I. Voraussetzungen für die Einsetzung eines Gläubigerbeirats .....	356
II. Ermessen des Restrukturierungsgerichts bei der Einsetzungsentscheidung .....	357
III. Personelle Zusammensetzung des Gläubigerbeirats .....	358
IV. Aufgaben des Gläubigerbeirats .....	358
V. Vergütung und Entlassung aus dem Amt .....	359
<b>§ 17 Verfahrensablauf, Gläubigerausschuss (Kluth) .....</b>	<b>361</b>
A. Einleitung .....	361
B. Insolvenzrechtliche Änderungen mit Sanierungsbezug .....	361
I. Örtliche Zuständigkeit bei einem Scheitern des StaRUG-Verfahrens ...	361
II. Gruppen-Gerichtsstand bei präventiver Sanierung und Insolvenzverfahren .....	362
III. Verpflichtender Einsatz eines Gläubigerinformationssystems .....	363
IV. Durchführung eines Vorgesprächs mit dem Insolvenzgericht .....	364
V. Masseverbindlichkeiten aus einer vorläufigen Eigenverwaltung .....	366
VI. Bestellung zum Insolvenzverwalter bzw. Sachwalter bei vorheriger Tätigkeit als Restrukturierungsbeauftragter bzw. Sanierungsmoderator .....	370
VII. Mitwirkung des vorläufigen Gläubigerausschusses an der Verwalterbestellung .....	372
VIII. Antrag auf Entlassung des Verwalters bei fehlender Unabhängigkeit ...	373



<b>§ 18 Eigenverwaltung (<i>Harder</i>)</b> .....	375
A. Einführung .....	376
I. Sanierungsoption Insolvenz – vom StaRUG zur InsO .....	376
II. Rückblick auf wesentliche Entwicklungen bei der Eigenverwaltung nach §§ 270 ff. InsO .....	377
B. Novellierung durch das SanInsFoG .....	380
I. Relevante Neuerungen durch das SanInsFoG .....	381
II. Auswirkungen weiterer Änderungen auf die vorläufige Eigenverwaltung .....	411
III. Geänderte Anforderungen an die Eigenverwaltung im eröffneten Insolvenzverfahren .....	414
IV. Haftung des Eigenverwalters in der Eigenverwaltung, § 276a Abs. 2 InsO .....	415
C. Würdigung und Ausblick .....	416
<b>§ 19 Änderungen im Insolvenzplanverfahren nach den     §§ 217 ff. InsO (<i>Harig</i>)</b> .....	417
A. Insolvenzplan – Allgemeines .....	417
I. Einführung .....	417
II. Das Insolvenzplanverfahren .....	417
III. Muster-Gliederung eines Insolvenzplans .....	419
IV. Ablauf eines Insolvenzplanverfahrens .....	419
V. Insolvenzplanverfahren bei juristischen Personen oder Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit .....	422
VI. Insolvenzplanverfahren bei natürlichen Personen .....	423
B. Änderungen im Insolvenzplanverfahren durch das SanInsFoG .....	423
I. Vergleichsrechnung .....	423
II. Reform einzelner Verfahrensbestandteile .....	425
III. Gruppeninterne Drittsicherheiten .....	429
IV. Natürliche Personen .....	432
<b>§ 20 Reform der Haftung wegen verbotener Zahlung nach Eintritt materieller     Insolvenz (<i>Kunz</i>)</b> .....	435
A. Einführung .....	435
B. Regelungsinhalt .....	435
I. Grundsätzliches Zahlungsverbot bei Insolvenzzreife .....	436
II. Privilegierte Zahlungen .....	438
III. Insolvenzverschleppung als grundsätzlicher Endpunkt der Privilegierung .....	441
IV. Ausgleichspflicht bei Verstoß gegen Zahlungsverbot .....	441
V. Insolvenzverursachungsverbot .....	443

VI. Kenntnisunabhängige Verjährung .....	445
VII. Vorrang der Massesicherung .....	445
C. Offene Fragen .....	446
I. Berechnung des konkreten Schadens .....	447
II. Kompensation der Masseminderung durch unmittelbare verwertbare Gegenleistung .....	447
III. Rechtsfolgen bei Nachweis eines geringeren Schadens .....	448
D. Praxishinweise .....	449
Stichwortverzeichnis .....	451